

Brühler Zeitung

Brühler Lokalanzeiger - Brühler Stadtanzeiger - Brühler Volkszeitung

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe 10 Btg. Bekamen
30 Btg. Offertengeld und Anzeigenentwurf 30 Btg.
Bei zwangsweiser Beilegung oder Kontur ist jeder
Abdruck hinfällig. Nachdruck ist unzulässig. —
Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur
dann zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt.

Amtsblatt der Stadt Brühl

Postfachkonto Köln 12742 * Fernsprecher 21 08.

Bezugspreis: Durch den Boten frei ins Haus oder
durch die Post monatlich 1.50 RM. einsehl. Fragerlohn.
Die Brühler Zeitung erscheint täglich außer an
Sonn- und Feiertagen. — Störungen infolge
höherer Gewalt rechtfertigen keine Erlaubnisurteile.

Beilagen: Der Familienfreund * Sport * Aus der Welt der Frau * Der praktische Landwirt * Der Erzähler * Der Mittelstand * Sonntagsfreude * Rundfunk

Nr. 161

Donnerstag 14. Juli 1932

35. Jahrgang

Brühler Zeitung

14. Juli 1932.

Wie lange noch? Wir fragten kürzlich den Besitzer eines großen Gasthauses am Rhein, ob in diesem Sommer auch Gäste aus dem Ausland kämen. Bitter lachend zeigte er auf eine vor ihm liegende Zeitung, die in riesigen schwarzen Lettern mit diesen roten Strichen darunter über den wilden Bürgerkrieg berichtete. „Meinen Sie, wenn Ausländer so etwas lesen, kämen sie nach Deutschland?“ Der Mann hatte nur zu recht. Unser schönes Vaterland kommt in Verruf ob all dieser Bluttaten, die in letzter Zeit hier in fanatischer politischer Leidenschaft verübt wurden. Ein Blatt, das der Regierung von Papen recht freundlich gegenübersteht, schrieb dieser Tage:

„Im ganzen ist die Revolution von 1918 eine gutmütige Revolution gewesen. Durch Straßenkämpfe sind damals weniger Menschen ums Leben gekommen, als in den letzten sechs Wochen, also in einer Zeit, wo angeblich Ruhe und Ordnung herrschen.“

Leider ist es wirklich so. Allein am letzten Sonntag weist die Verlustliste dieses „Bürgerkrieges“ die Namen von 17 Toten und 191 Verwundeten auf. Nationalsozialisten, Kommunisten und letzter Zeit auch in steigendem Maße Anhänger der Eisernen Front sind an den täglichen blutigen Straßenkämpfen beteiligt. Einer beschuldigt den anderen der Väterlichkeit. Namentlich die Nationalsozialisten haben es zur Virtuosität in der Kunst gebracht, die Schuld auf andere zu schieben. Das wimmelt nur so von Ausdrücken wie „Rote Nordpest“, „Untermenschentum“, „Viehsche Bestien“ usw. Die Fälle aber, in denen SA-Leute andere ums Leben gebracht haben, werden entweder totgeschwiegen oder als äußerster Notwehr nach schlimmster Provokation geschildert.

Was ist Wahrheit? Selbst die amtlichen Berichte werden als Lügen hingestellt. Im Weltkrieg herrschte gegen unsere damaligen Feinde nicht solch ein Haß und solche Wut wie sie heute zwischen parteipolitischen Gegnern an der Tagesordnung ist, die völlig vergessen haben, daß auch der andere das Kind einer deutschen Mutter ist.

Wie lange soll dieser Zustand so weiter gehen? Mit der für Freunde Eugenbergs eigenen Fähigkeit (Eugenberg selbst braucht ein anderes Wort, das wir aus Respekt vermeiden) hat der Innenminister auch jetzt noch immer nicht begriffen, wie sehr die Aufhebung des Uniform- und Demonstrationsverbotes für die heutigen Zustände verantwortlich ist. Aber was soll dann unternommen werden? Unsere Polizei tut weiß Gott in fast übermenschlicher Anstrengung ihre Pflicht. Aber man soll ihr diese auch nicht fast unmöglich machen. Wir wollen Ruhe, Zucht und Ordnung im Innern. Deshalb fragen wir, was die Regierung gegen die heutigen Zustände zu tun gedenkt. Wenn der Wahlkampf vorüber ist, muß doch auch wieder ein Zusammenleben und Zusammenarbeiten möglich sein. Oder sollen sich diese Zustände bei uns verewigen? Oder will man gar einen Vorwand bekommen für die Errichtung einer Diktatur, die bestimmt auf allerhöchsten Widerstand im Volke rechnen mußte.

Die Regierung Brüning hatte durch gewisse Maßregeln für Ruhe und Ordnung gesorgt. Das Kabinett Papen-Schleicher, das diese Maßnahmen beseitigt hat, und dadurch den Kräften, die heute so ruhestörend auftreten, die Straße frei machte, hat die ernste Pflicht, wieder geordnete Zustände herzustellen. Die Straße gehört nicht diesem oder jenem Wehrverband, sondern dem Verkehr des ruhigen und arbeitssamen Bürgers. Es ist höchste Zeit, daß die Reichsregierung ihre Aufgabe bearebeitet.

Das englisch-französische „Geheimabkommen“.

Englands Außenminister erläutert das Abkommen im Unterhaus. — Keine Spitze gegen Amerika. — Beruhigung in Washington.

Serriol berichtet über Lausanne.

Paris, 13. Juli. Ministerpräsident Serriol erstattete heute nachmittag vor den Vereinigten Kammern Ausschüssen für auswärtige Angelegenheiten und Finanzen über die Lausanner Verhandlungen Bericht und verlas den Text des „Vertrauensabkommens“, das zwischen England und Frankreich als Ergänzung des Gentlemen-Agreements gedacht ist und heute abend veröffentlicht wird. Die Pariser und die Londoner Regierung verpflichten sich nach dieser Version im allgemeinen dahin, daß sie sich über alle wichtigen Fragen verständigen. Ministerpräsident Serriol, so berichtet Savas, habe die Bedeutung dieser Regelung hervorgehoben, die die Wiederbelebung der „Entente cordiale“ bedeute und eine neue Ära für die Beziehungen zwischen Frankreich und Großbritannien einleite, da künftig keine die Interessen beider Länder betreffenden Probleme gesondert behandelt werden können. Die unverzügliche Folge dieser Regelung sei, daß England nicht wie im Jahre 1923 sich für die Zukunft zu Zahlungen an Amerika zwecks Regelung seiner Schulden verpflichten könne, ohne vorher die französische Regierung befragt zu haben. Auf diese Weise werde die grundsätzliche Einigung des Gentlemen-Agreements in glücklicher Weise vervollständigt. Dadurch sei für Frankreich und England von nun an die Gewissheit einer gemeinsamen Haltung gegeben, wodurch der Erfolg der Verhandlungen mit der Washingtoner Regierung erleichtert werde. Serriol wies besonders auf die moralische Seite dieses Ergebnisses hin, die geeignet erscheine, die Beziehungen der europäischen Länder umzuwandeln und das Vertrauen der hauptsächlich Mächte der Welt wieder herzustellen. Gerade um dieser Wundlung willen hätten die französischen Unterhändler große Opfer vom finanziellen Standpunkt aus gebracht und zwar im Interesse des wirtschaftlichen Wiederaufbaus.

Eine englische Erklärung.

WTB London, 13. Juli. (Drahtb.) Staatssekretär Sir John Simon erklärte im Laufe der heutigen Unterhausdebatte: Man habe in den letzten Tagen versucht, den neuen politischen Geist, der in Lausanne zu Tage getreten sei, und der so wertvoll sein würde, wenn er künftig beibehalten werde, in bessere Form zu bringen. Was bezweckt worden sei, sei nicht Teil des Lausanner Abkommens oder der Lausanner Konferenz und dürfe in keiner Weise damit verwechselt werden. Es sei keine ergänzende Vereinbarung und tatsächlich überhaupt keine materielle Vereinbarung, sondern eine Aufforderung, aufrichtige und offene Beziehungen und Erörterungen anzubahnen. In diesem Geiste hätten die britische und die französische Regierung selbst beschlossen, die Führung zu übernehmen, indem sie einen sofortigen und gegenseitigen Schritt zu diesem Zwecke in der folgenden Richtung tun:

1. In Übereinstimmung mit dem Geiste der Völkervereinigung beabsichtigen sie, Ansichten miteinander in völliger Offenheit auszutauschen und einander gegenseitig unterrichtet zu halten über alle Fragen, die zu ihrer Kenntnis gelangten, soweit sie dem Ursprung der Fragen ähnlich sind, die jetzt so glücklich in Lausanne geregelt worden sind. Es ist ihre Hoffnung, daß andere Regierungen sich diesem Vortrage anschließen werden.

2. Sie beabsichtigen, zusammen und mit

anderen Delegationen in Genf zu wirken, um eine Lösung der Abrüstungsfrage zu finden, die vorteilhaft und billig für alle in Betracht kommenden Mächte sein wird.

3. Sie werden miteinander und anderen interessierten Regierungen bei der sorgfältigen und praktischen Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz zusammenwirken.

Rund um den Wahlkampf.

Säße Brüning das getan...

Von Reichsminister a. D. Dr. h. c. von Schlange-Schöningen.

1. Herr von Papen hat dieselben Verhandlungsmethoden angewandt, die früher so hart kritisiert wurden, nur hat er sie weniger geschickt angewendet, da ihm das Kampfsfeld fremd war.

2. Das Ergebnis ist ein Kompromiß mit Frankreich. Gewiß sollen Fortschritte nicht verkannt werden. Sie sind nach Brüning zäher und geschickter Vortrieb nicht überraschend. Unverständlich aber bleibt, wie man angesichts der zugebilligten drei Milliarden von der „Vendigung der Reparationszahlungen“ sprechen kann. Bei den von Reichsminister von Papen psychologisch unvorbereitet in die Debatte geworfenen politischen Fragen ist man über Zukunftsvorstellungen nicht hinausgekommen.

3. Sätte Reichskanzler Dr. Brüning gegenüber Serriol so weit nachgegeben, wäre er von neuem als Schwächling gerade von denen gebrandmarkt worden, die das jetzige Kabinett begrüßten. Aber er hätte dies Kompromiß nicht geschlossen, denn es muß festgestellt werden, daß Herr von Papen trotz aller seiner Bemühungen weit hinter die Brüning-Linie zurückgewichen ist.

4. Zum ersten Male tritt die Verantwortung für die derer vor der ganzen Nation in volle Beleuchtung, welche trotz entschuldigender außerpolitischer Spannung den politischen Kabinettswechsel herbeiführten, einen nicht eingearbeiteten neuen Kanzler in diese schwierigen Verhandlungen schickten und so dem deutschen Volke schweren Schaden zufügten.

Man beachte, Herr von Schlange-Schöningen ist ein Mann der Rechten. Das sollte doch denen zu denken geben, die heute immer noch hinter den Schreibern herlaufen. Eine schlimmere Blamage als sie oben gekennzeichnet wird, ist ja kaum auszubedenken.

Überheblichkeit ohne Grenzen.

Der nationalsozialistische Landtagspräsident Kertl hat in Hamburg eine Rede gehalten, bei der er so überhebliche Redewendungen gebrauchte, daß sie schon nicht mehr herausfordernd frech, sondern lächerlich klangen. Die NSDAP, so führte Kertl aus, sei bereit, die Verantwortung in Preußen zu übernehmen, wenn man sie uneingeschränkt die Wege gehen lasse, die sie für richtig halte. Das Zentrum werde nach dem 31. Juli nichts anderes erleben, als was es bisher erfahren habe: „Gegen uns ist nicht zu regieren, mit uns nur nach unserem Willen zu regieren“.

4. Bis zum Abschluß eines neuen Handelsvertrages zwischen ihren beiden Ländern zu einem späteren Zeitpunkt werden sie jede Art von Diskriminierungen eines Landes gegen die Interessen des anderen vermeiden.

Ich habe, so fuhr der Staatssekretär fort, bereits heute die Gelegenheit gehabt, den Vertretern Deutschlands, Italiens und Belgiens eine Abschrift dieser Mitteilung auszuhandigen. Ich habe an dieser Regierung eine Eingabe gerichtet, sich dieser Erklärung anzuschließen.

Reuter erfährt amtlich, daß die heute nachmittag im Unterhause von Sir John Simon abgegebene Erklärung keinerlei Beziehungen zu den Kriegsschulden an Amerika hat.

Herr Kertl wird es wohl noch erleben, daß so manches ganz anders kommt als es sich in phantastischen Köpfen heute widerspiegelt.

Die Religion im 3. Reich.

In einer dieser Tage von den Nationalsozialisten einberufenen und auch von den Kommunisten besuchten Versammlung in Linz an der Donau sagte der Referent Auer (Graz), nach einem Berichte des „Linzer Volksblattes“ u. a.:

„Von Geburt an habe ich jene, die sich Priester nennen, und die Vertreter der christlich-sozialen Partei nicht leiden mögen. — Die Pazifisten, die sollen mit einem Rosenkranz um den Bauch, einer Dornenkrone auf dem Kopf, einem Palmwedel und einer Kerze in der Hand, in ein Leintuch gehüllt einhergehen.“

Geradezu gotteslästerlich ist die Anspielung auf die Dornenkrönung Christi! Es muß für jeden Priester und jeden Christen eine Ehre sein, mit dem dornengetränkten Heiland verglichen zu werden. Das können sich die Gotteslästerer aber gesagt sein lassen, daß sich auch an ihnen das Wort bewahrheiten wird, daß Gott seiner nicht spotten läßt!

Ei, darum!

Mehrere amerikanische Korrespondenten berichten aus Berlin (und englische Korrespondenten haben ähnliches gemeldet), daß nach seiner Rückkehr aus Lausanne Reichskanzler v. Papen Hitler davon verständigt habe, daß die endlosen blutigen Zusammenstöße, in denen Kommunisten und Nazis die Hauptrolle spielten, im Auslande den denkbar ungünstigsten Eindruck machten. Er richtete an Hitler das „Erfuchen“, die Verwendung der Uniformen trotz der allgemeinen Erlaubnis etwas zurück zu halten und besonders an kritischen Punkten zu vermeiden. Ob Hitler dem Ersuchen Folge gegeben hat, wird nicht angegeben. Einige Pressestimmen verleihen aber der Meinung Ausdruck, daß die Verärgerungen gegen das Papen-Kabinett, die in der Nazi-Presse in den letzten Tagen Platz gegriffen hat, zum Teil auf das „Erfuchen“ des Reichskanzlers zurückzuführen ist.

Eine Verstärkung dieser Meldungen würde allerdings verständlich machen, warum in letzter Zeit ein so gereizter Ton von den Hitler-Blättern angeschlagen wird. Es wäre damit aber auch das Eingeständnis der Regierung erbracht, daß die von ihr vollzogene Aufhebung des Uniformverbotes ein schwerer Fehler war. Kündert nur der Trost, dies auch offen einzugehen?

Panzerwagen und
Verhaltung der Dö-

Hausfrau.
Kaffeeanne — ein
Hausfrau und er-
stetsten Vertrauens-
lächelnden Kaffee-
sie nicht nur am
ten, am vorteilhaft-
lich: „R. R. G.“, die
„Dieser Satz sagt
Kaffee-Geschäft.“

cher, Brühl.
Brühler Zeitung“
Hmb. Brühl.

hi
ge!

FT

Leinwand, älterer
Gärtner
unt. ganz bescheid.
brüden Dauerstelle.
f. unt. Gärtner a. d.
Häufstelle.

ges-Mädchen
ucht. Vorstellen 6-7
nachmittags.
Königsstraße 15.

immer-Wohnung
et zu vermieten.
Königsstr. 176.

Gegen nationalsozialistische Wahlpläne.

Der Landesgeschäftsführer der christlichen Gewerkschaften für Westdeutschland, Jakob Kallert, hat an die Redaktion der nationalsozialistischen „Volksparole“ in Düsseldorf am 8. Juli folgenden Brief gerichtet, der eine bemerkenswerte Kennzeichnung nationalsozialistischer Wahlkampfmethoden ist:

„In Nr. 89 Ihrer Zeitung und in Ihrem Wuppertaler Kopfbild vom Donnerstag, den 21. Ostermond (April) 1932, brachten Sie in agitatorischer Aufmachung folgende Notiz:

„Der Kommunist mit dem blutigen Dolch in der Hand, ist mit lieber als der erste Mann in der Wölfe“ Gewerkschaftsvorsitzender Jakob Kallert, Köln, in einer Zentrumsversammlung in Biersen. Fort mit derartigen Durschent! Gebt ihnen am 24. April die Antwort! Wählt Liste 8!“

Ich habe damals gegen diese Ihre Propaganda nichts unternommen, weil ich mich grundsätzlich nur mit Veröffentlichungen politisch ernst zu nehmender Zeitungen beschäftige. Weil ich weiter selbst Ihre Leser immerhin für politisch so aufgeklärt hielt, daß sie eine derartige Wahlplage niedrig genug einzuschätzen wissen.

Nun gehen mir aber von verschiedenen Seiten Nachrichten zu, daß Redner und Rednerinnen der nationalsozialistischen Partei die gegen mich gerichtete Wahlplage Ihrer Zeitungen weiter in Versammlungen benutzen. Ferner liegt mir Ihre Wuppertaler Zeitung vom 6. d. Mts. vor, in der Sie von einer Frau U. S. i. berichten, die diese Ihre Wahlplage gegen mich in einer Versammlung weitergab. Die Zeitung fügt in ihrem Bericht hinzu, daß „die Zentrumsversammlung in Biersen... vor lauter Jubel fast geplagt ist.“

Um die grenzenlose Oberflächlichkeit und Unwahrhaftigkeit der Methode Ihrer Wahlpropaganda gebührend zu kennzeichnen, gebe ich Ihnen nunmehr folgendes bekannt:

1. Ich habe in Biersen überhaupt nicht in einer Zentrumsversammlung, sondern in einer Versammlung der Hindenburgwähler gesprochen.
2. Ich habe in der Versammlung weder die Kommunisten noch die S. U. M. A. n. n. z. erwähnt.
3. Wer mir einen Satz unterstellt, wie Sie es in Ihren Zeitungen getan, macht sich einer gemeinen Lüge und Verleumdung schuldig.
4. Wer überhaupt mit solchen Mitteln der Lüge und Verleumdung arbeitet, beweist einen politischen und menschlichen Tiefstand der Agitation, wie er verwerflicher für unser Volk kaum gedacht werden kann.
5. Ich erkläre jeden, der die gegen mich gerichtete Lüge und Verleumdung Ihrer Zeitungen weitergibt, ob Mann oder Frau, für einen gemeinen Lügner und Verleumder, für einen Volksvergifter schlimmster Art.

Wenn Sie jetzt, nachdem Ihre Partei zur Stütze der Reichsregierung geworden ist, Anspruch machen auf politische Ehrenhaftigkeit, bringen Sie diesen Brief zur Kenntnis Ihrer Leser. Ich selbst werde ihn in mir geeignet erscheinender Weise bekanntzugeben wissen.

Kommentar überflüssig! Aber wieder gegeben!

Reichsregierung und Judentum.

In Äußerungen der jüdischen Telegraphenagentur über die Lage des Judentums in Deutschland werden Befürchtungen zum Ausdruck gebracht, daß unter der gegenwärtigen Reichsregierung die rechtliche Stellung des Judentums in Deutschland gefährdet sei. Der Staatssekretär der Reichskanzlei hat unter Bezugnahme auf diese Äußerungen in einem Schreiben an Professor Söbernerheim mit aller Entschiedenheit zum Ausdruck gebracht, daß derartige Befürchtungen selbstverständlich völlig grundlos seien, und daß keinerlei Benachteiligung der Juden beabsichtigt sei. Der Staatssekretär hat Professor Söbernerheim ausdrücklich ermächtigt, von diesen Äußerungen Gebrauch zu machen.

Ein Amnestiehandal.

Ein Amnestiehandal ersten Ranges ist jetzt, wie einer Meldung der „Kölnischen Zeitung“ aus Schwerin zu entnehmen ist, in Mecklenburg in Vorbereitung. In der dortigen Stadt Sagenow haben am Sonntag, wie einwandfrei feststeht, die Nationalsozialisten das sozialdemokratische Gewerkschaftshaus gezündet, am Dienstag morgen wurden dort ferner im Geschäftshaus der sozialdemokratischen Zeitung sämtliche Fensterscheiben eingeschlagen, die Eingangstür zertrümmert und eine schwarzgoldene Fahne, die aus einem oberen Fenster des Gebäudes hing, zerrissen. Stellt nun aber auch der nationalsozialistische Gauleiter und Reichsaasaba. S. i. b. e. r. a. n. d. in

einem Telegramm an den Reichswehr- und den Reichsinnenminister, in dem er den sofortigen Einsatz der Reichswehr fordert, das Reichsbanner als den Veranstalter eines wohlvorbereiteten Überfalls auf Nationalsozialisten hin, so hindert das doch, obwohl Hilfsbrandt damit Lügen gestraft wird, die nationalsozialistische Fraktion, die im mecklenburg-schwerinschen Landtag über die absolute Mehrheit verfügt, ganz und garnicht einen Amnestieantrag zu veröffentlichen, nach dem alle politischen Verbrechen und Vergehen bis zum 13. Juli, also bis heute, straffrei bleiben sollen. Und die Annahme dieses Antrages, bei dem doch gewiß von den Nationalsozialisten an das von ihnen als schuldig hingestellte Hagenower Reichsbanner nicht gedacht wird, ist gesichert. Heute oder morgen wird er angenommen werden, und alle, die gestern und vorgestern noch über ihre politischen Gegner herfielen und ihr Eigentum beschädigten, wußten, daß sie dafür nicht gerichtlich belangt werden sollen.

Wollte die Reichsregierung einen so unerträglichen Zustand der Rechtlosigkeit dulden?

Keine Kandidaten der „Neuen Mitte“.

Sagen, 13. Juli. (Eig. Meld.) Der Arbeitsausschuß der Partei „Die neue Mitte“ (Deutsche Liberale Partei), der in Sagen tagte, hat folgende Entschliebung gefaßt:

„Wegen der Kürze der Vorbereitungszeit verzichtet die Neue Mitte auf die Aufstellung von eigenen Listen für die heutige Reichstagswahl. Sie arbeitet weiter an dem Ausbau ihrer Organisation und Presse zum Zwecke einer starken liberalen Partei der Mitte, die sich in die nationale Front gegen den Marxismus einreicht. Sie empfiehlt ihren Anhängern, keine der extremen Parteien zu wählen, sondern für diesen Wahlgang nur eine solche Partei, von der sie ein entschiedenes Vertreten der Privatwirtschaft und der Erhaltung der staatsbürgerlichen Rechte erwartet.“

Die Wahlreden im Rundfunk.

Berlin, 14. Juli. (Eig. Meld.) Wie bereits gemeldet, werden in der letzten Woche vor dem Wahltag alle großen und mittleren Parteien mit Ausnahme der

Kommunisten Gelegenheit erhalten, ihr Wahlprogramm im Rundfunk vorzutragen. Hierzu erhält der Vortragsleiter, daß als Redner die folgenden Persönlichkeiten in Aussicht genommen sind: Für die Deutschnationalen Geheimrat Eucken, für die Wirtschaftspartei Drexler, für die

Bayerische Volkspartei Schäffer, für das Zentrum Dr. Brüning, für die Deutsche Volkspartei Dingeldey, für die Staatspartei Dietrich, für die Sozialdemokraten Weis. Wer für die Nationalsozialisten sprechen wird, steht noch nicht fest.

Erste Stimmen gegen den Terror.

Ein Aufruf Severinas. — Christliche Arbeiter appellieren an Hindenburg. — Die neueste Verurteilung.

Ein Aufruf Severinas.

Berlin, 13. Juli. Der preussische Minister des Innern Severing hat, wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, folgenden Aufruf an die Bevölkerung erlassen, der eine Mahnung zur Besonnenheit darstellt:

Von Tag zu Tag werden die politischen Leidenschaften wilder aufgeheizt. Immer stärker überwiegen Verheerung und Vernunft und lassen erkennen, daß auch die politischen Gegner Vorgesetzten und gleichberechtigte Staatsbürger sind. Die gewalttätigen Zusammenstöße mehrten sich in erschütternder Zahl. An Stelle geistiger Auseinandersetzung tritt Kampf mit Messern und Revolvern. Tag für Tag färbt das Blut deutscher Bürger das Pflaster, rast der politische Mord durch die Straßen der Dörfer und Städte.

Alle politischen Parteien überschätzen die Behörden mit Klagen über mangelhaften Schutz und Beschwerden über den Terror der — anderen. Wer die Tätigkeit unserer Polizei aufmerksamer verfolgt und gerecht beurteilt, wird zugeben müssen, daß sie in diesen Unruhezeiten mehr als ihre Pflicht tut. Aber Wunder verrichten kann auch die Polizei nicht. Sie kann Mordtaten verfolgen, die Täter verhaften und dem Richter zuführen — die politischen Kämpfe verhindern kann die Polizei nur dann, wenn Frauen und Männer aller Parteien diese entfehlende Entartung politischer Meinungskämpfe einmütig ablehnen und verabscheuen.

Man verlangt Sicherheit mit Recht

— die Polizei wird sie mit allen Kräften aufrechterhalten, aber die größte Sicherheit der Staatsbürger beruht auf dem Verzicht, die Sicherheit der anderen zu bedrohen. Man spricht von Selbstschutz, aber der wirksamste Selbstschutz ist die Selbstzucht. Jeder andere vermeintliche Selbstschutz muß schließlich zum brutalsten Faustrecht führen. Ich richte daher an alle, die guten Willens sind, die bringende Bitte, der ruhigen Besonnenheit wieder Eingang im politischen Ringen zu verschaffen. Wenn die Führer aller politischen Parteien und Verbände mitwirken, jeden Versuch gewalttätiger Auseinandersetzung zu unterbinden und zu brandmarken, dann wird dem Mord Einhalt geboten.

Appell der christlichen Gewerkschaften an Hindenburg.

Berlin, 13. Juli. (Eig. Meld. unv. Berl. Ber.) Der geschäftsführende Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften hat den Reichspräsidenten in einem Telegramm auf die zunehmenden Terrorakte und die sich täglich mehrenden politischen Morde hingewiesen, die ein sofortiges allgemeines Uniformverbot erfordern. Die christlichen Gewerkschaften bitten den Reichspräsidenten seiner öffentlichen Aufgabe gemäß, nunmehr alle verfassungsmäßigen Mittel in Anwendung zu bringen, um weitere Gewalttätigkeiten zu verhindern, das Leben der Volksgenossen zu sichern und die freie Entscheidung bei der Reichstagswahl zu garantieren.

Schwere Schieberei in Berlin.

Berlin, 13. Juli. In Siemensstadt kam es gestern abend zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten zu heftigen Auseinandersetzungen, in deren Verlauf acht Schüsse abgegeben worden sein sollen, durch die fünf Kommunisten schwer und einige leicht verletzt wurden. Acht Kommunisten und elf Nationalsozialisten wurden festgenommen.

Zwei Todesopfer.

Berlin, 14. Juli. Von den bei der Schieberei in Siemensstadt verletzten Personen sind zwei bald nach ihrer Entlieferung ins Krankenhaus verstorben.

Politische Zwischenfälle in Hindenburg.

Hindenburg, 14. Juli. Am Mittwoch abend kam es hier zu einer Schlägerei zwischen sechs Kommunisten und sechs Nationalsozialisten. Beim Eintreffen des Ueberfallkommandos hatten sich ungefähr 300 Personen angesammelt. Aus der Menge wurden Steine gegen die Polizei befeuert. Die Beamten zerstreuten mit dem Gummihüpfel die Ansammlung. Drei Nationalsozialisten und drei Kommunisten wurden verletzt. Ein Nationalsozialist wurde mit Messerschwunden ins Krankenhaus gebracht.

In Oberhönneweide.

Berlin, 14. Juli. Gegen Mitternacht kam es in Oberhönneweide zu einer Schieberei zwischen Nationalsozialisten u. Kommunisten. Insgesamt wurden durch die Schüsse vier Personen verletzt. Zwei Verletzte wurden ins Hospital eingeliefert. Einige an der Schieberei beteiligte Nationalsozialisten wurden festgenommen und der Abteilung 1 zugeführt.

Kommunistenführer tot aufgefunden.

Altona, 13. Juli. Der seit Montag vermischte Kommunistenführer Bauer aus Marne (Holstein) ist am Dienstag auf der Landstraße Marne-Röstbusen tot aufgefunden worden. Die Leiche lag in einem Graben und war mit Schlamm bedeckt. Ob ein Verbrechen vorliegt, muß die Untersuchung noch ergeben.

München, 13. Juli. In einem Garten in Ober-Giesing wurde eine kommunistische Geheimdruckerei ausgedöhnt, in der vorzugsweise kommunistische Verfassungsschriften zur Beeinflussung der Reichswehr und der Polizei herzustellen wurden. Vier Personen sind verhaftet worden.

Zur Politisierung des Rundfunks.

Ein neuer Anschlag gegen die Selbstständigkeit der Länder. — Neues Entgegenkommen im Reichsinnenministerium für Sittler?

Berlin, 13. Juli. (Eig. Meld. unv. Berl. Ber.) Das Reichsnetz wird sich voraussichtlich noch Ende dieser Woche mit einem Gesetzentwurf über die Umorganisation des Rundfunks beschäftigen, der vom Reichsinnenministerium und vom Reichspostministerium ausgearbeitet worden ist. Haben die bisherigen Mitteilungen über die Pläne der Reichsregierung auf diesem Gebiet schon eine starke Beunruhigung hervorgerufen, so muß man auf Grund der Kenntnis mancher Einzelheiten die schlimmsten Befürchtungen äußern, weil die ganze Umorganisation keinem anderen Zweck als dem der Politisierung des Rundfunks dient und weil die Pläne auf die Auslieferung des Rundfunks an die extreme Rechte hinauslaufen.

Ursprünglich wollte das Reichsinnenministerium sämtliche Funktionen der Reichspost übernehmen. Die Reichspost, für die die Einnahmen aus dem Rundfunk eine erhebliche Rolle spielen, hat sich damit aber nicht einverstanden erklärt und finanziell bleibt es bei der bisherigen Regelung. Dagegen will das Reich auf allen anderen Gebieten entscheidende Eingriffe vornehmen. Es ist vor allem geplant, die Rundfunkaufsicht auf das Reichsinnenministerium übergehen zu lassen und den Einfluß der Länder, die bisher in der Ueberwachungs- und Aufsichtsfunktion der Reichspost übernahmen, durch Beseitigung dieser Aufsichtsfunktion vollständig aufzuheben. Die bestehenden Rundfunkgesellschaften, die in die Rechtsform der Aktiengesellschaft geformt sind, sollen aufgelöst werden und an ihre Stelle S. i. b. s. treten, deren Anteile zu 75 Prozent das Reich und zu 25 Prozent die Länder übernehmen. Den Interessanten, die die künstlerische Oberleitung behalten, werden Rundfunkkommissionen mit der Aufsicht über den Rundfunk übertragen. Man will also die Zuständigkeit der Länder aufheben, sobald es sich um politische Fragen handelt. Die drückenden Sender sollen lediglich das kulturelle Programm senden.

Schon dieser Plan muß die stärkste Beunruhigung hervorrufen, denn in der Sendekonzeption soll eine Klausel stehen, nach der die Konzeption entworfen werden kann, wenn es das öffentliche Interesse erfordert. Das hätte die Sperrung der Einnahmen zur Folge und damit könnte man die Sendegesellschaften nach Belieben lahmlegen. Wie man hierzu noch hört, soll dem Rundfunkstaatskommissar ein Kulturbetrag beigesteuert werden, der Verfassungsinstitut für die Sörre sein soll und der die Möglichkeit hat unter Umständen den Intendanten abzuberufen.

Die Reichsrundfunkgesellschaft will man als Dachgesellschaft bestehen lassen. In ihre Spitze sollen aber zwei Direktoren treten, die vom Reichsinnenministerium ernannt werden. Der eine der beiden Direktoren soll die Verantwortung für die künstlerische, kulturelle und politischen Fragen übernehmen, während der andere, der vom Reichspostministerium ernannt wird, für die technischen und wirtschaftlichen Fragen zuständig sein soll. Dieser neuen Spitzenorganisation des Rundfunks wird ein Verwaltungsrat aus Vertretern des Reiches und der Länder beigegeben in den das Reich 6 Vertreter, die Länder 5 Vertreter entsenden.

Der Deutschlandsender Königs-Wusterhausen soll Reichssender werden und der Reichsregierung zur Verfügung stehen. Auch die sog. Drabag wird umgebaut. Sie soll als selbstständige Gesellschaft aufgelöst und der Reichsrundfunkgesellschaft angegliedert werden. Diese Vorberingung übertrifft die schlimmsten Befürchtungen und es wird Aufgabe der Länder sein, der Reichsregierung als die Gefahren darzulegen, von deren Größe sie offenbar keine Kenntnis hat. Die Reichsregierung hat gegenwärtig wirklich wichtigere Aufgaben, als die Deffektivität dauernd mit Plänen zu beunruhigen, auf die sie wirklich verzichten könnte. Wenn sie jetzt den deutschen Rundfunk in der oben angedeuteten Weise umgestalten will, so beweist das nur, daß man im Entgegenkommen gegenüber der extremen Rechte noch nicht Schluss machen will.

Brühl und Umgebung

Brühl, 14. Juli.

Regen und Abkühlung.

Endlich kommt das ersehnte Maß, so hoffen wir schon am Dienstag als sich plötzlich am Nachmittage der Himmel verfinsterte und ein gewaltiges Gewitter drohte. Beides ging spurlos an uns vorüber. Nach letzterem hatten wir ja auch kein Verlangen, aber umso mehr nach Regen. Regen als Abkühlung gegen die schreckliche Hitze und was noch wichtiger war, Regen für eine gedeihliche Ernte. Was der Dienstag nicht brachte, bescherte uns die vergangene Nacht. Die Schleusen des Himmels hatten sich zeitweise recht weit geöffnet und ausgiebige Mengen Wasser stürzten herunter. Ganz gewiss ist, daß das Feld und Garten recht wohl getan hat. Für die nächste Zeit soll die Witterung schön bleiben, wenn auch zunächst einige kühlere, bewölkte Tage mit zeitweisen Regenfällen in Aussicht gestellt sind; aber auch diese Tage sollen im ganzen nicht unfreundlich sein. Schließlich wird wieder mit warmem und sehr warmem trodnem Wetter gerechnet. Wir wollen hoffen, daß uns wenigstens durch das Margaretenfest kein Strich gemacht wird.

... Nun auch in Brühl? Gestern Abend hatten die Nationalsozialisten eine Versammlung im „Deutschen Sängereim“. Politische Gegner hatten sich zusammengefunden, um gegen die Nazi handgreiflich zu werden. In der Mühlenstraße und an anderen Stellen der Stadt kam es zu Streitigkeiten, in deren Verlauf auch Schüsse gehört wurden. Der schnell herbeigeeilten Polizei gelang es jedoch, Weiterungen zu verhindern und die Ruhe wiederherzustellen. — Wann wird das deutsche Volk endlich zur Einsicht und Vernunft kommen und auch im politischen Gegner den Volksgenossen und nicht den Feind sehen?

... Die Anträge auf Freistellung im Marienhospital mehrten sich in letzter Zeit derartig, daß sich die Leitung des Hauses gezwungen sieht, jedem Antragsteller nur noch einmal am Tage eine freie Sperrung zu gewähren. Die Sperrungsausgabe erfolgt: morgens von 7.30 bis 8.30, mittags von 12 bis 1 und abends von 6 bis 7 Uhr.

... Der Windthorstbund hält heute Abend 8 1/2 Uhr im Josephshaus seine Versammlung ab.

Sommerurlaubskarten

Unterbrechung der Einsahrt am Tage der Reichstagswahl gestattet.

Nach den Tarifbestimmungen ist bei Benutzung von Sommerurlaubskarten eine Unterbrechung der Einsahrt nicht gestattet. Um aber solchen Reisenden, die sich am Tage der Reichstagswahl auf der Einsahrt befinden, die Ausübung ihres Wahlrechtes zu erleichtern, hat die Reichsbahn die Fahrunterbrechung am 31. Juli gegen Vorzeigung des Stimmzettelchen an der Sperre ausnahmsweise zugelassen. Die Fahrt muß jedoch am gleichen Tage fortgesetzt werden.

Arbeitsmarktbericht für den Monat Juni 1932

In der Jahresmitte, wenn durch saisonmäßige Einflüsse der Arbeitsmarkt in der Regel entlastet ist, lohnt sich ein Vergleich mit den vorhergehenden Jahren. Für das Arbeitsamt Horrem ergibt sich das folgende Bild:

Ende Juni 1929, wo die Wirtschaftskrise noch im Anfangsstadium steckte, wurden im Bezirk 966 männliche und 92 weibliche = insgesamt 1058 Arbeitsuchende gezählt. Ende Juni 1930 hatte sich diese Ziffer auf 3158 männliche und 523 weibliche = 3681 Arbeitsuchende erhöht. Am gleichen Stichtage 1931 war die Zahl der männlichen Arbeitsuchenden schon auf 6261, die der weiblichen auf 670, insgesamt also auf 6931 gestiegen, während wir heute 8143 männliche und 881 weibliche = insgesamt 9024 Arbeitsuchende zählen.

Aus dieser Gegenüberstellung ergibt sich, daß relativ der stärkste Zugang an Arbeitsuchenden in der Zeit von 1929 zu 1930, absolut von 1930 zu 1931 stattgefunden hat.

Vergleicht man für die gleichen Stichtage die Prozentziffern des Anteils der arbeitslosen Frauen an der Gesamtzahl der Arbeitsuchenden, so stellt man fest, daß dieser Anteil von 8,7 Prozent im Jahre 1929 zunächst auf 14,2 Prozent im Jahre 1930 gestiegen, sodann auf 10,7 Prozent im Jahre 1931 und weiter auf 9,7 Prozent Ende Juni 1932 gefallen ist, ein Zeichen dafür, daß im hiesigen Bezirk in den beiden letzten Jahren die Arbeitslosigkeit bei den Männern stärker angewachsen ist.

Ein Vergleich auf dem Angestelltenmarkt zwischen weiblichen und männlichen Arbeitsuchenden weist für die letzten 3 Jahre eine entgegengesetzte Entwicklung auf. Hier ist der prozentuale Anteil weiblicher Arbeitsuchender an der Gesamtzahl der arbeitslosen Angestellten von 18 Prozent im Jahre 1929 auf 27,2 Prozent im Jahre 1930 gestiegen, sodann auf 24,1 Prozent im Jahre 1931 gesunken und hat sich schließlich auf 32,4 Prozent am gleichen Stichtage des laufenden Jahres wie-

der erhöht. Die Tendenz auf dem Angestelltenmarkt geht also in Richtung einer stärkeren Zunahme der Arbeitslosigkeit bei den weiblichen Angestellten.

Zur Arbeitsmarktlage im Monat Juni ist im einzelnen noch folgendes zu bemerken: Die Zahl der Arbeitsuchenden aus der Landwirtschaft hat sich im Monat Juni nicht verringert. Zu- und Abgang hielten sich ungefähr die Waage. Für die Erledigung der augenblicklichen Arbeiten wurden vorzugsweise ungelernte Arbeiter eingestellt.

Die Beschäftigungslage des Braunkohlenbergbaues war unterschiedlich, jedoch im wesentlichen gegenüber der Vorperiode unverändert. Bei einer Grube ist zur Vermeidung einer Entlassung von ca. 60 Arbeitern das „Rümpferystem“ eingeführt worden, indem abwechselnd 3 Abteilungen von je 60 Arbeitern einen Monat aussetzen. Ein chemisches Werk beschäftigt ebenfalls zu krüppeln, um jezt arbeitslose Arbeitnehmer wieder in den Beschäftigungsprozeß einzugliedern. Wenn es gelingt, auf diesem Wege einen gewissen Ausgleich zwischen Dauerarbeitslosen und Beschäftigten zu finden, ist diese Einführung zu begrüßen. Mit Wirkung vom 1. Juni d. J. ist für den bezirklichen Braunkohlenbergbau ein neuer Rahmenvertrag in Kraft getreten, der erstmalig am 1. 2. 33 zum 31. 3. 33 gekündigt werden kann.

Die Arbeitsmarktlage der Tonröhrenindustrie scheint nach einer leichten Besserung im Vormonat wieder rückläufig zu sein. Die Biegeleien waren infolge ihrer Verbundenheit mit dem Baumarkt in nur bescheidenem Umfang in Betrieb. Der Beschäftigungsgrad im Baugewerbe ist weiterhin sehr mäßig. Kennenswerte Bauvorhaben sind nicht zu verzeichnen. In der Metallindustrie ist die Beschäftigungslage uneinheitlich. Entlassungen auf der einen Seite standen etwas höhere Einstellungen gegenüber.

Für weibliche Berufe ist die Arbeitsmarktlage insgesamt genommen, die gleiche wie im Vormonat geblieben. Mehrere Abgänger aus der Landwirtschaft, dem Spinnstoffgewerbe und besonders aus der Berufsgruppe für Hausangestellte stand ein ungefähr gleicher Zugang aus der Papierindustrie, dem Bekleidungs- und dem Gastgewerbe gegenüber. Nach gutem Hauspersonal besteht weiterhin Nachfrage.

Bei einer Gesamtbetrachtung der Arbeitsmarktlage des Bezirks kommt man leider zu der Feststellung, daß vorerst keine Anzeichen für eine wirkliche Besserung vorliegen.

Die Maßnahmen des freiwilligen Arbeitsdienstes haben im Laufe des Monats Juni im Bezirk einen größeren Kreis gezogen, wenn auch die Mehrzahl der Maßnahmen vorläufig noch auf die Durchführung harter. Eine Maßnahme ist inzwischen beendet. 2 andere Maßnahmen, bei denen ca. 30 Mann mit Flußregulierungsarbeiten und mit der Anlage eines Sportplatzes beschäftigt sind, sind im Gange. 8 weitere Maßnahmen, davon 2 zur Regulierung der großen Erft, 2 zur Anlage von Sportplätzen, ferner solche zu Meliorationszwecken und besonders eine zu Rodungsarbeiten im Kerpener Wald, sind genehmigt und sollen insgesamt etwa 250-270 Arbeiter beschäftigen. Schließlich sind noch 11 Maßnahmen, in der Hauptsache zu Flußregulierungs- und Meliorationsarbeiten usw. geplant, so daß zu hoffen ist, durch Inangriffnahme aller oder des größten Teils dieser Maßnahmen eine nicht unbedeutende Wiedereinfügung Arbeitsloser in den Arbeitsprozeß, wenn auch vorübergehend, zu erreichen.

Zur Betreuung von jugendlichen Arbeitslosen hat das Arbeitsamt in Brühl, Hirsch, Frechen und Horrem 6 Kurse, je 1 Holzbearbeitungs-, 1 Tischler-, 1 landwirtschaftlicher und 3 Metallbearbeitungskurse, mit ungefähr 220 Teilnehmer unterhalten. Nach Beendigung dieser Kurse, Ende Juni, sind neue im gleichen Umfang und im gleichen Rahmen im Gange.

Die Zahl der Unterstützungsempfänger hat sich im Laufe des Monats Juni weiter um 269 = ungefähr 5,2 Prozent des vormonatlichen Be-

Die erste Vorschätzung für die Brotgetreide-Ernte 1932 in Mill. t

DANACH 1,3 MILL. TONNEN MEHR ZU ERWARTEN ALS IM VORJAHR



Starke Erntesteigerung

Nach den Ernteschätzungen des Statistischen Reichsamtes ist dieses Jahr bei allen Getreidearten ein höherer Ertrag als im Vorjahr zu erwarten. Bei den beiden Hauptgetreidearten Roggen und Weizen wird mit einer Erntesteigerung von nicht weniger als 20 Prozent gerechnet. Un-

ter Schaubild zeigt in der oberen Reihe die Erntebestände des Jahres 1931 für Roggen und Weizen, in der mittleren Reihe den tatsächlichen Verbrauch an Roggen und Weizen im Jahre 1931, und in der unteren Reihe die Erntevorschätzungen für diese beiden Hauptgetreidearten in diesem Sommer.

landes verringert, und zwar in der Höhe von 1430 auf 1333, in der Höhe von 2586 auf 2414. Demgegenüber ist die Zahl der Wohlfühl-Empfänger von 4253 auf 4402 = um 3,3 Prozent gestiegen. Ende Juni bezogen 134 Personen Kurzarbeiterunterstützung.

Die Bürgersteuerpflicht des Landwirtschaftssohnes

Eine interessante Entscheidung eines Bezirksausschusses.

Nach der Verordnung des Reichsfinanzministers vom 1. Oktober 1931 zur Durchführung der Bürgersteuer für 1931 ist die Frage, ob jemand „selbstständig auf eigene Rechnung“ lebt bzw. ein selbstständiges Einkommen hat, in allen Fällen zu bejahen, in denen nicht anzunehmen ist, daß die gesamten Jahreseinkünfte 500 M jährlich nicht übersteigen. Als Einkünfte gelten auch Befähigung, Wohnung, Kleidung und Taschengeld. Übersteigen also die so festgestellten Einkünfte eines Landwirtschaftssohnes 500 M jährlich, so ist er Bürgersteuerpflichtig.

Zu dieser Frage hat der Bezirksausschuß Schleswig am 14. April 1932 eine interessante Entscheidung gefällt. Ein Landwirtschaftssohn, der im väterlichen Betriebe arbeitete und dessen Vater 26 ha Landwirtschaft bewirtschaftete, klagte auf Freistellung von der Bürgersteuer mit der Begründung, daß seine gesamten Jahreseinkünfte 500 M nicht überschritten. Außerdem führte er an, daß seine Arbeit im väterlichen Betriebe keine selbstständige sei und demgemäß auch seine Einkünfte keine selbstständigen seien, vielmehr werde er von seinen Eltern auf Grund deren zivilrechtlichen Unterhaltspflicht unterhalten. Es entspreche diese Auffassung auch der Meinung des Reichsfinanzhofes, der in mehreren Entscheidungen in Einkommensteuerfragen es bislang abgelehnt habe, die Bezüge der Kinder, die in der elterlichen Landwirtschaft mitarbeiteten, als Arbeitseinkommen zu betrachten.

Zu der letzteren Begründung des Klägers, daß kein Einkommen nicht selbstständig sei, berief sich der Bezirksausschuß auf die vorgenannte Durchführungsverordnung des Reichsfinanzministers vom 1. Oktober 1931 wonach auch die Einkünfte der in elterlichen Betrieben beschäftigten Kinder dann als selbstständige zu betrachten seien, wenn sie insgesamt 500 M jährlich übersteigen. Diese Auslegung des für die Bürgersteuer maßgeblichen Begriffs des „selbstständigen Einkommens“ sei deswegen rechtlich unangreifbar, weil diese Durchführung eine Rechtsverordnung sei, ihre Vorschriften also Gesetzeskraft hätten.

Ferner sei der Einwand, daß die gesamten Einkünfte des Landwirtschaftssohnes, der im übrigen befreit, Taschengeld zu erhalten, 500 M im Jahre nicht überschritten, nicht als selbstständig anzuerkennen. Mit Recht habe die beklagte Gemeinde angenommen, daß die gesamten Einkünfte des Klägers, bestehend aus Befähigung, Wohnung, Kleidung usw. über 500 M jährlich hinausgingen. Daß der Kläger seinen Unterhalt von den Eltern nur gegen entsprechende Arbeitsleistung im väterlichen Betriebe erhalte, dessen Größe der Beflagte unwidersprochen mit über 26 ha angegeben habe, bestreite er nicht. Er erhebe den Eltern dadurch eine Arbeitskraft, deren anderweitige Beschäftigung bestimmt erheblich mehr als 500 M jährlich kosten würde. Er erhalte außerdem freien Unterhalt nebst Wohnung, dessen Wert mit den gegenwärtigen noch bestehenden Sätzen für das Lohnabzugsverfahren von 480 M einzusetzen sei, auch noch Kleidung und — wie ohne weiteres als allgemein üblich zu unterstellen sei — Taschengeld „für die sonstigen Bedürfnisse eines selbständigen Landwirts mit größerer Wirtschaft.“ Demgemäß ist die Klage des Landwirtschaftssohnes auf Befreiung von Bürgersteuer abgewiesen worden.

Hierzu ist an sich zu bemerken, daß zwar nach dem Buchstaben des Gesetzes in den meisten Fällen vielleicht die Bürgersteuerpflicht des Landwirtschaftssohnes nicht bestritten werden kann. Es muß eben doch gesagt werden, daß bei der großen Notlage der Landwirtschaft gerade die Landwirtschaftsfamilien mit einer großen Kinderzahl über 20 Jahren von der Bürgersteuer hart bedrückt werden. Wenn man bedenkt, unter welchen Verhältnissen kleinere und mittlere Landwirte, die kleineren und mittleren Wälder leben müssen, in welcher erschreckender Not sich z. B. die Bauern der Eifel, des Saarlandes, des Westerwaldes usw. befinden, so wird zugegeben werden müssen, daß der wirkliche Wert von Nahrung, Kleidung usw. bei weitem nicht mehr so hoch in bar berechnet werden kann, wie vor 1 1/2 Jahren. Taschengeld ist bei den meisten Söhnen der kleinen und mittleren Bauern fast nur mehr eine schmerzliche Erinnerung. Es würde auch dem Buchstaben des Gesetzes nicht Unrecht geschehen, wenn man in manchen Fällen bei der Berechnung der 500 M-Einkommen nach Lage der Dinge anderer Meinung als der Bezirksausschuß Schleswig sein würde. Jedenfalls darf man den Landgemeinden, deren finanzielle Not nicht unterdrückt werden soll, besonders rücksichtsvolles Vorgehen bei der Einziehung der Bürgersteuer empfehlen. Allerdings soll eine unberechtigte Entziehung der Besteuerung nicht geduldet werden.

Verantwortlich: Peter B e c k e r, Brühl.
Notationsdruck und Verlag „Brühler Zeitung“
Buchdruckerei P. Becker GmbH, Brühl.



Zum dänisch-norwegischen Streit um Grönland

Der Streit zwischen Dänemark und Norwegen um den Besitz Grönlands, der seit Jahren mit immer wachsender Heftigkeit geführt wird, ist in ein neues Stadium getreten: die norwegische Regierung hat das Gebiet von Ostgrönland etwa 60%—65% Grad in einer Breite von 50 Kil-



meter ansetzt. Unsere Karte links veranschaulicht die Lage Grönlands mit dem angetraffenen Gebiet zu Norwegen und Dänemark — das Bild

rechts gibt eine typische Küstenlandschaft aus Ostgrönland wieder, um dessen Besitz der Streit geht.

Aus Westdeutschland.

Köln Chronik.

Warnung vor Betrugsmanövern.

WP Köln, 13. Juli. In Prozessen am Kölner Arbeitsgericht ist zu erkennen, daß zwischen Arbeitgeber und -nehmer Vereinbarungen getroffen werden, die die Allgemeinheit schwer schädigen. Beispiel: Ein Arbeitgeber sagt zu seinem Arbeiter, er möge sich nach einer anderen Stelle umsehen, da der Betrieb nicht mehr in der Lage sei, die hohen sozialen Lasten zu tragen. Der Arbeiter ist verheiratet, hat zwei Kinder und ein brüderliches Verhältnis zu erwarten. Das Gespenst der Arbeitslosigkeit trifft ihn hart. Der Mann meldet sich arbeitslos, geht in den Morgenstunden stempeln, zieht die Arbeitslosenunterstützung ein und wird für den Rest des Tages, vielleicht gegen etwas gekürzten Stundenlohn, weiterbeschäftigt. Der Arbeitgeber erspart dadurch die Beiträge für die sozialen Versicherungen, während der Arbeiter sich durch dieses Betrugsmanöver eine Stelle verschafft, deren Einkünfte denen eines normal beschäftigten Arbeiters gleichkommen. Die Beteiligten an diesem Betrugsmanöver schweben ständig in Gefahr, empfindlich bestraft zu werden. Diese unmoralischen Arbeitsverhältnisse enden meist mit Streitigkeiten, die insbesondere bei Ausweisung falscher Arbeitsbescheinigungen hervorgerufen werden. Das Arbeitsgericht erläßt auf Verlangen bei derartigen Betrugsfällen Anzeige bei der Staatsanwaltschaft.

Lebensretter ertrunken.

WP Köln, 13. Juli. Am Dienstag wurde am Kaiser-Friedrich-Wer in Höhe des Niehler Wals die Leiche des 24jährigen Anton Kuy aus dem Rhein gelandet. Kuy hatte am vergangenen Sonntag einen Ertrinkenden retten wollen. Kuy, der ein guter Schwimmer war, hat dabei wahrscheinlich einen Herzschlag bekommen.

Ein Jahr Gefängnis für einen Landesverrat.

WP Köln, 13. Juli. Die Große Strafkammer verurteilte heute den 26jährigen Arbeitslosen Willi Hungenberg wegen Vergehens gegen das Gesetz gegen den Verrat militärischer Geheimnisse zu einem Jahr Gefängnis und Stellung unter Polizeiaufsicht. Hungenberg hatte sich im August in die französische Fremdenlegion gemeldet und war als untauglich abgewiesen worden. Man hatte ihm aber nahegelegt, bestimmte Feststellungen über die Reichswehr und die Schupo zu treffen. Er bekam für seine Bemühungen von einem französischen Agenten 30 RM und 50 Franken, womit er nach Deutschland zurückfuhr. Nach seiner Entlassung vor Gericht war es dem Angeklagten nur darauf angekommen, die Franzosen zu betrügen. Er habe nie die Absicht gehabt, ihnen auch tatsächlich Unterlagen zu verschaffen. — Das Gericht nahm zu seinen Gunsten an, daß er nicht bewußt Verrat geübt habe und verurteilte ihn nur wegen Vergehens gegen § 6 des Gesetzes gegen Verrat militärischer Geheimnisse der schon die Aufnahme der Verbindung zu einem Agenten einer fremden Macht unter Strafe stellt.

Düsseldorf und Umgebung.

Weitere Betriebsumorganisation beim Stahlverein.

WP Düsseldorf, 13. Juli. Die Vereinigten Stahlwerke A.-G. Düsseldorf beabsichtigen, demnächst die Abteilung für stumpfschweißte Röhren in Düsseldorf-Vierfeld stillzulegen und die Herstellung dieser Röhrenart der Abteilung Stahl- und Walzwerke Thyssen in Mülheim-Ruhr zu übertragen, die für diesen Produktionszweig über bessere Fertigungsverfahren verfügt. Infolge dieser Maßnahmen werden in Düsseldorf-Vierfeld 650 Mann zur Entlassung kommen.

30 Morgen Wald durch Feuer vernichtet.

WP Düsseldorf, 13. Juli. In der Nähe der Kuhweide in Delfern brach am Montag ein Waldbrand aus. Trotz größter Anstrengungen der freiwilligen Feuerwehr gelang es nicht, das Feuer zu löschen, zumal die Böschungen durch ein denkbar ungünstiges Gelände erschwert wurden. Erst am Dienstagabend gelang es das Feuer einzudämmen und zu löschen. Man vermutet, daß der Brand absichtlich angelegt worden ist, um die nationalsozialistische Kundgebung am Montagabend, bei der Reichstagsabgeordneter Goebbels sprechen sollte, zu verhindern.

Wuppertal.

Meister Peh wurde ungemütlich.

WP Wuppertal, 13. Juli. Von einem Langbären angefallen und schwer verletzt wurde eine Frau aus Unterbarmen. Aus einer Gruppe von vier Bären, die nur von einem Führer beaufsichtigt wurden, riß sich ein Tier los und stürzte sich auf die Passantin, die von der wütenden Bestie durch Tagenhiebe übel zugerichtet wurde. Auf ihre Hilfrufe eilten Leute herbei, die mit Netzen das Vieh bändigen muß-

ten. Die Schwerverletzte wurde ins Krankenhaus gebracht, der Tierführer festgenommen und die Braunbären in Sicherheit gebracht.

Industrie- und Handelskammer gegen Schlachtfleisch.

WP Remscheid, 13. Juli. Die Industrie- und Handelskammer Wuppertal-Remscheid hat zugleich im Namen der übrigen dem Steueraus-schuss rheinisch-bergischer Industrie- und Handelskammern angeschlossenen Kammern eine Eingabe an den Landesausschuss preussischer Industrie- und Handelskammern gerichtet, die den Landesausschuss ersucht, sich mit allem Nachdruck für eine Aufhebung der preussischen Schlachtfleischsteuer einzusetzen.

Bisher zwei Todesopfer der Altkadener Explosion.

WP Oberhausen, 13. Juli. Nachdem bereits kurz nach der von uns gemeldeten Explosion in der Bricketfabrik der Zeche Altkaden einer der Verletzten starb, ist am Abend auch der Arbeiter Briz seinen schweren Brandwunden erlegen. Man hatte zunächst Hoffnung, Briz am Leben zu erhalten, doch trat im Laufe des Abends Herzschwäche ein, die den Tod herbeiführte.

Bei zwei weiteren Verletzten hat sich das Befinden ebenfalls verschlechtert, sodaß auch bei diesen wenig Hoffnung auf Rettung besteht. Der Betrieb in der Bricketfabrik ist am Mittwochmorgen wieder aufgenommen worden. Die Untersuchung über die Ursache der Explosion konnte noch nicht zum Abschluß gebracht werden.

Verwegener Raubüberfall findet seine Aufklärung.

WP Bochum, 14. Juli. Auf der hiesigen Humboldtstraße wurde in den frühen Morgenstunden ein Vertreter aus Bochum in besinnungslosem Zustand aufgefunden. Die Ermittlungen ergaben, daß der Vertreter kurz vorher in der Nähe des Hauptbahnhofes eine ihm bekannte Frau antraf, die ihn bewegte, sie über die um diese Zeit menschenleere Humboldtstraße nach Hause zu begleiten. Auf der Humboldtstraße wurde der Vertreter von einem Komplizen seiner Bekanntschaft, der den beiden gefolgt war, niedergeschlagen und seiner Brieftasche beraubt. Das faubere Pärchen wurde von Polizeibeamten festgenommen. Der Täter ist bereits wegen Raubes vorbestraft.

Im Entwässerungsgraben zu Tode gekommen.

WP Mülheim-Ruhr, 14. Juli. Der vierjährige Sohn eines in der Tunnelstraße wohnenden Schloßers stürzte am Dienstag in einen unbewachten Augenblick in einen Entwässerungsgraben, der sich in der Nähe der Drahtseilerei befindet. Das Kind konnte nach kurzer Zeit geborgen werden, doch blieben die angestellten Wiederbelebungsversuche leider ohne Erfolg.

Schiedspruch für die Gladbacher Textilindustrie.

WP Gladbach-Rheydt, 13. Juli. Der

Schiedsausschuss Gladbach-Rheydt fällte am Montagabend einen Schiedsspruch, durch den die Entlohnung von 30 000 Arbeitnehmern der Textilindustrie des Gladbach-Rheydter und Viersener Bezirks neu geregelt wird. Die grundlegende Bestimmung ist die Herabsetzung des Zeitlohnes der Hilfsarbeiter über 22 Jahre von 53,5 auf 50,8 Pf. Alle übrigen Löhne werden im gleichen Verhältnis gekürzt, doch gelten für bestimmte Arbeitergruppen Sonderbestimmungen. Die Parteien müssen sich bis zum 13. Juli zu diesem Spruch erklären.

11. Deutsches Sängerbundesfest.

WP Frankfurt a. M., 12. Juli. Nachdem schon seit Wochen die Vorbereitungen für das 11. Deutsche Sängerbundesfest im Gange sind, wird jetzt auch äußerlich kund, daß sich Frankfurt auf ein festliches Ereignis vorbereitet. In allen Straßen, durch die am Sonntag, den 24. Juli, der große Festzug seinen Weg nimmt, sind fleißige Hände dabei, Fahnenmasten und mit Tannengrün geschmückte Säulen aufzustellen. Am dem Festzuge selbst, der nachmittags um 2 Uhr beginnt und dessen Vorbereitungen etwa vier Stunden dauern wird, werden schätzungsweise 50 000 Menschen teilnehmen. Die Zahl der gemeldeten Sänger hat sich in den letzten Tagen auf 34 000 erhöht.

Die Zahl der Konzerte ist außerordentlich groß. Am Freitag, den 22. Juli, finden neun große und am Samstag, den 23. Juli, sogar 17 große gesangliche Veranstaltungen statt, wobei namentlich die von den Auslandsdeutschen veranstalteten Konzerte besondere Beachtung verdienen.

Außerdem sind zahlreiche volksdeutsche Kundgebungen vorgesehen, aus denen besonders die große Kundgebung im Palmengarten am Sonntag, den 24. Juli, abends 20 Uhr, zu erwähnen ist.

Schwager mit Sense erstickt.

WP Simmern (Hunsrück), 13. Juli. Heute nachmittag ereignete sich auf dem Schafhof in der Nähe von Simmern eine furchtbare Bluttat. Der Arbeiter Adam Gallas erstach im Streit seinen Schwager Matthias Telsen mit einer Sense. Dann stürzte er sich auf seine Schwägerin und sein eigenes neunjähriges Töchterchen und verletzte beide sehr schwer. Die Ärzte hoffen jedoch, sie am Leben zu erhalten. Der Mörder, der dem Trunk ergeben ist, wurde in Haft genommen.

Schwere Sommer-Unwetter.

Unwetter Schäden im Rierstal.

WP Gladbach-Rheydt, 14. Juli. Die großen Niederschlagsmengen, die bei dem gestrigen Gewitter niedergingen, haben im Rierstal ein Hochwasser herbeigeführt, das sehr großen Schaden anrichtete. Auf weite Strecken wurden Ueberschwemmungen verzeichnet und an drei Stellen sind sogar Holzbrücken eingestürzt. Besonders großer Schaden entstand bei Englet, wo zurzeit ein neues Bett für den Rierlauf hergestellt wird. Hier wurden durch die nach einem Dammbruch einbrechenden Wassermassen die ganzen Brückenbau- und Umbettungsarbeiten zerstört.

Schwere Unwetter Schäden im Moseltal.

WP Zell a. d. Mosel, 14. Juli. Nach einem schwülen Sommertag ballten sich gestern

abend über der mittleren Mosel pechschwarze Wolken zusammen, die sich in Form eines Unwetters von katastrophalem Ausmaß entluden. In ununterbrochener Folge zuckten aus dem schwarzen Gewölk grelle Blitze, begleitet von unheimlichen Donnererschlägen. Ueber zwei Stunden lang ergoß sich eine unermessliche Wasserflut über die Weinberge und Hänge, staute sich in den engen Straßen und Wegen und drang im Nu bis in die ersten Stockwerke der Häuser ein. Die Einwohner, die noch unter dem Eindruck der schrecklichen Gläserkatastrophe standen, verließen fluchtartig die besonders in der südlichen Vorstadt Corvay überflutenden Wohnungen, rissen die bereits schlafenden Kinder aus den Betten und flüchteten in höher gelegene, vom Wasser nicht mehr bedrohte Häuser. Soweit man in der Nacht noch feststellen konnte, sind Menschenleben nicht zu Schaden gekommen. Wohl konnte ermittelt werden, daß zahlreiche Weinbergspfähle mit ausgerissenen Reben durch die Stadt in die Mosel trieben, sodaß anzunehmen ist, daß das Unwetter in den Gemarkungen und besonders in den Weinbergen verheerend gewirkt hat. Gleich große Verwüstungen werden aus Naimt, Merl und Pünderich gemeldet, wo auch viel Vieh ertrunken sein soll. Die Moselflut wurde meterhoch überschwemmt, Autos und Motorräder blieben im Schlamm und Geröll stecken. In den betroffenen Orten ist die freiwillige Feuerwehr die ganze Nacht über an der Arbeit.

Wolkenbruch am Kaiserstuhl.

WP Freiburg i. Br., 14. Juli. Ueber dem nördlichen Kaiserstuhl und dem unteren Breisgau entlud sich gestern Abend ein schweres Gewitter, begleitet von wolkenbruchartigem Regen und Hagelschlag. Besonders heimgesucht wurden die Kaiserstuhlorte Kiesel, Amstutz und vor allem das Städtchen Endingen, wo die Wassermassen in die Keller strömten und in einigen Häusern sogar in die Wohnräume des ersten Stockwerkes eindrangen. Das Wasser stand stellenweise 1,20 Meter hoch in den tiefer gelegenen Straßenböden. Der starke Sturm deckte verschiedene Dächer ab. Die Feuerwehr arbeitete zusammen mit der Einwohnerwehr fieberhaft, um das Wasser aus den Kellern zu pumpen. Auch in dem Städtchen Kiesel und dessen Umgebung wurde großer Schaden durch das Unwetter angerichtet. Sturm und Hagelschlag richteten auf den Feldern sehr großen Schaden an. Die volle Auswirkung der Verheerungen läßt sich noch nicht überblicken.

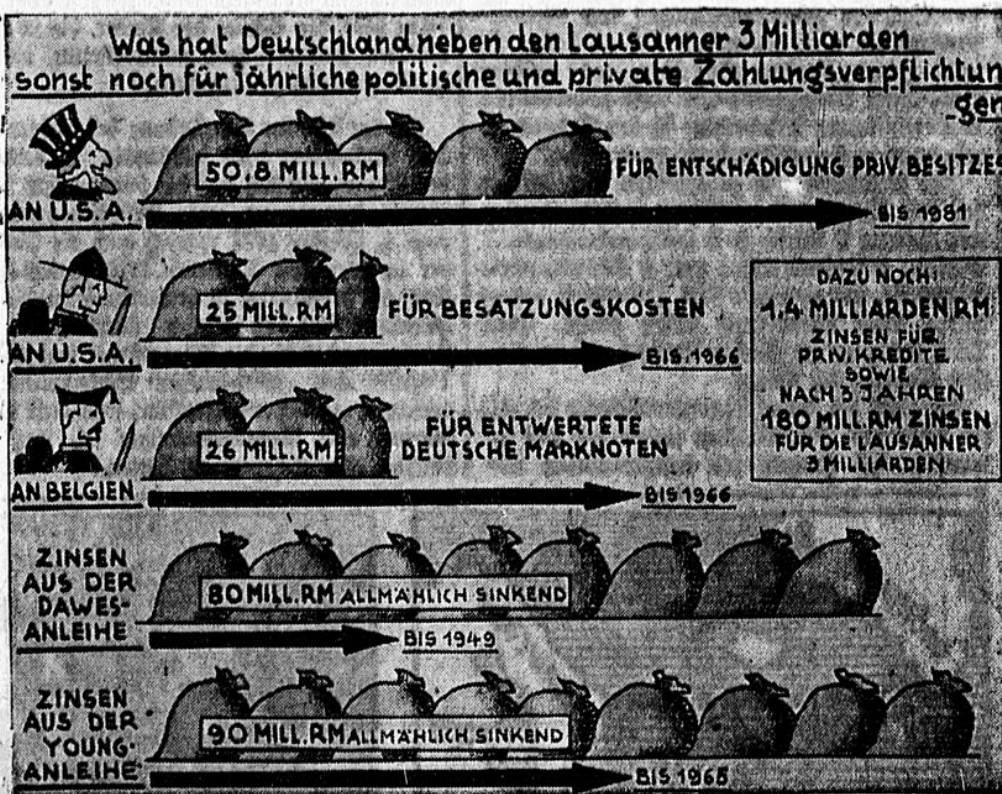
Auch das Münsterland von einem Unwetter heimgesucht.

WP Münster, 13. Juli. Auch über das Münsterland ging am Dienstag ein mehrstündiges Gewitter nieder, das in Münster selbst Ueberschwemmungen der Straßen brachte. In der Hafenstraße setzte das Wasser seinen Weg auch in die Keller fort. In dieser Straße stand das Wasser so hoch, daß es den Automobilisten unmöglich war, hindurchzukommen. Vor dem Hauptbahnhof bildete sich ebenfalls eine große Wasserflutung, wodurch die Keller eines großen Hotels unter Wasser gesetzt wurden. Im Waltrup schlug der Blitz in das Geschäft des Landwirts Volkmar ein und zündete. Die Feuerwehr war dem rasenden Element gegenüber machtlos und konnte nur einiges Mobiliar in Sicherheit bringen. Haus und Nebengebäude wurden eingekassiert; acht Schweine kamen in den Flammen um. In Holthausen traf der Blitz die alte Wiesenmühle. Auch hier brannte das Gebäude bis auf den Grund nieder. Im übrigen wird von allen Landorten großer Schaden an den Feldern durch den wolkenbruchartigen Regen gemeldet. Das Korn liegt wie angeblasen am Boden.

Sandel und Wirtschaft.

Köln: Güter- und Leberbörse.

Großviehhäute (Preise in RM): Ochsen, Kühe, Rinder, Bullen, bis 29 Pf. Klasse 2 0,15 von 50—69 Pf. Klasse 1 0,24—0,35, Klasse 2 0,14 bis 0,25, Klasse 3 0,14—0,20; Schafe, Kühe, Rinder von 50—69 Pf. Klasse 1 0,24—0,25, Klasse 2 0,14 bis 0,25; bezgl. von 70 Pf. u. mehr Klasse 1 0,21 bis 0,31, Klasse 2 0,14—0,25; Bullen von 50—79 Pf. Klasse 1 0,15—0,20, Klasse 2 0,10—0,15, bezgl. von 80 Pf. und mehr Klasse 1 0,14—0,19, Klasse 2 0,10 bis 0,15, Freierfelle, gefäls., 1 Pf. Frischgew., 0,16—0,21; Kalbfelle, gefäls., für 1 Pf. Frischgew. 0,17—0,23; Röhnhäute gef., bis 219 cm, das Stück 2,50—3,50; Röhnhäute aufwärts, 220 cm das Stück 5,25—7,25. Infolge der guten Nachfrage hat sich die Marktlage auch weiterhin befestigt. Eichenlosgerbung rhein. Schliefer in Häften 3,15—3,70, dito Kernstück 4,60—5,20, Zahn-Wachseleber in Häften 2,20—2,55; dito Kernstück 3,60—4,70; Wild-Wachseleber in Häften 2—2,55; dito Kernstück 3,20—4,40; Wild-Wachseleber 1,85—2,25; Wild-Wachseleber 1,10 bis 1,40; Spalte, loßger, liefert in Kernstücken 1,25 bis 1,85; Blankeleber in Häften, braun 2,50 bis 4,25; Riemeneleberkernestücke kurzgeschmittene 3,40—5,40, alles das RM. Wachseleber gewöhnliche Sorten 5,40—9,50 das Quadratmeter. Besondere Qualitätsleber in Zahn- und Wild-Wachseleber brachten bis 10 Proz. mehr. In dem übrigen Preislagen ist die Lage knapp.



Deutschlands Zahlungsverpflichtungen nach Lausanne.

Wer geglaubt hat, daß nach der Lausanner Konferenz die deutschen politischen Schulden bis auf die vereinbarten drei Milliarden Mark gekürzt seien, befindet sich im Irrtum. Eine ganze Reihe von Zahlungsverpflichtungen läuft weiter, wie unser Schaubild zeigt. Zu diesen Zahlungsverpflichtungen kommen noch die Zinsen der privaten Kredite, so daß

Deutschland unabhängig von Lausanne jährlich mehr als 1800 Millionen bezahlen muß. Nach drei Jahren kommen noch die 180 Millionen an Zinsen und Amortisation aus den Lausanner Anleihen hinzu, so daß sich ein Gesamtbetrag von wieder annähernd zwei Milliarden jährlich ergibt.

Verordnung über Freiwilligen Arbeitsdienst vom Reichskabinett verabschiedet.

Berlin, 13. Juli. Das Reichskabinett verabschiedete in seiner heutigen Sitzung nach Vortrag des Reichsarbeitsministers eine Verordnung über den Freiwilligen Arbeitsdienst. Die Verordnung wird veröffentlicht werden, nachdem sie dem Reichsrat zur Kenntnis gebracht worden ist.

Aus dem Inhalt.

BRB Berlin, 13. Juli. (Sta. Meld.) Die Veröffentlichung wird, wie in der amtlichen Mitteilung gesagt wird, erfolgen, nachdem der Reichsrat in Kenntnis gesetzt worden ist. Er tritt am Donnerstag nachmittag wieder zusammen. Es wäre aber auch denkbar, daß die Veröffentlichung gar nicht so weit hinausgeschoben würde, sondern eine öffentliche Benachrichtigung des Reichsrats erfolgt. Das läßt sich aber im Augenblick noch nicht übersehen.

Was nun den Inhalt der Verordnung anlangt, so bewegt sie sich in den Gedanken, die von uns bereits dargelegt wurden. Die wesentliche Änderung, die sie heute erfahren hat, ist, daß das Kabinett es vorgezogen hat, auf die Schaffung von Weiräten zu verzichten und zwar sowohl in der Zentrale als auch in den Bezirken. Der Grund hierfür liegt offenbar darin, daß man vermeiden will, das Ganze mit einem allzu schwerfälligen Apparat zu umgeben. In der amtlichen Mitteilung wird übrigens vom Freiwilligen Arbeitsdienst gesprochen.

Wie wir unterrichtet sind, ist diese Verordnung aber nur ein Anfang. Man darf damit rechnen, daß die bevorstehenden Maßnahmen später noch weiter ausgebaut werden. Schließlich wird man noch bei der Frage der Persönlichkeit des Reichskommissars nicht daran vorbeigehen können, daß im § 139 des alten Gesetzes über die Einrichtung der Reichsämter für Arbeitslosenversicherung und Vermittlung ausdrücklich bestimmt wird, daß dem Präsidenten der Reichsämter die Pflege des Freiwilligen Arbeitsdienstes obliegt.

Schwere Ausschreitungen in Köln-Gülz.

Köln, 13. Juli. Die bereits im Laufe des gestrigen Tages vorgelassenen Ausschreitungen nahmen im Laufe der Nacht besonders im Stadtteil Gülz Formen an, die einer offenen Auflehnung und einem planmäßigen Angriff gegen Polizeikommandos gleichkamen. Der in der Palantstraße mobilisierte kommunistische Selbstschutz riß nicht nur an verschiedenen Stellen das Pfaster auf, sondern überschüttete auch den Fahrdamm mit Glascherben. Straßenlaternen wurden gestürzt und die Durchfahrt mit Mülltonnen gesperrt. Auf die Polizeistreifen wurde aus den stockdunklen Häusern geschossen. In planmäßig durchgeführter Gegenaktion konnte schließlich unter Einsatz eines Panzerwagens die Ruhe und Ordnung in den Morgenstunden wieder hergestellt werden. Insgesamt wurden 52 Personen festgenommen.

Schwere Unwetterkatastrophen in Holland.

Amsterdam, 13. Juli. Ein heftiges Gewitter, das gestern abend und in der Nacht als Reaktion auf die Stille der Vortage über Holland niederging, hat in einer Reihe von Ortschaften großen Schaden angerichtet. In Gorinchem schlug der Blitz in einen Kastanienbaum, unter dem vier Personen vor dem Wolkenschlag Schutz gesucht hatten. Hierbei wurde ein junger Mann auf der Stelle getötet, während die drei anderen Personen mit schweren Brandwunden in ein Krankenhaus übergeführt werden mußten. Ferner fielen noch zwei weitere Personen Blitzeinschlägen zum Opfer.

Gewitter und Wolkenschlag in Mecklenburg.

Schwerin (Mecklenburg), 13. Juli. Ein außerordentlich schweres Gewitter mit Hagelschlag und Wolkenschlag hat heute nachmittags die mecklenburgische Stadt Erbsitz und ihre Umgebung heimgesucht. Das Wasser überflutete Straßen und Hausflure und drang zum Teil bis in die Wohnzimmer. Der Schaden, den der Hagel auf den Feldern und in den Gärten angerichtet hat, ist ungeheuer groß. Der Blitz zündete in Erbsitz und Umgebung in sechs Gebäuden. In der Stadt Erbsitz schlug er in zwei Gebäude, von denen eines eingestürzt wurde, während in einem Wohnhaus eines Versicherungsbeamten das Feuer wieder gelöscht werden konnte. In der Umgebung sind durch Blitzeinschlag insgesamt vier Wohn- und Wirtschaftsgebäude in Asche gelegt worden. Auch Vieh ist umgekommen.

Streikzusammenstöße in Belgien.

Brüssel, 14. Juli. Zwischen Kommunisten und Polizeikräften kam es hier im Laufe des gestrigen Abends zu Zusammenstößen. Etwa 30 Personen, unter ihnen drei Frauen, wurden verhaftet. In Lüttich wurden bei Straßenkämpfen zwischen Polizisten und kommunistischen Demonstranten einige Personen leicht verletzt.

Die Ursache der französischen U-Boot-Katastrophe.

Paris, 13. Juli. In dem offiziellen Bericht über den Untergang des U-Bootes „Prométhée“, den das Marineministerium herausgibt, wird als Ursache des Unglücks übereinstimmend ein rasches allgemeines Öffnen der Luftklappen, das durch irgendein zufälliges Funktionieren der Hebelvorrichtungen hervorgerufen sein dürfte, angenommen. Diese zufällige Be-

tätigung der Hebel dürfte sich in dem Augenblick ereignet haben, als das Boot gerade den Elektromotor abstellte und den Dieselmotor in Betrieb nehmen wollte.

Brothieuer in einer amerikanischen Sommerfrische.

NEW YORK, 13. Juli. In Connetquot, der beliebtesten Sommerfrische der Stadt New York, ist ein riesiges Feuer ausgebrochen. Die Flammen, die durch einen starken Wind geschürt werden, haben bereits zwei Häuserviertel an der Häuserfront am Ocean zerstört. Trotz der verzweifelten Bemühungen einer Armee von Feuerwehrleuten greifen die Flammen auf einen dritten Häuserblock über. Der Lunapark und die Einwohnerviertel liegen im Weg des Feuers, sind aber nicht in unmittelbarer Gefahr. Nach den bisherigen Schätzungen wird der Schaden mehrere 100 000 Dollar betragen.

Dämmeret die Erkenntnis?

Nachdem wir gestern bereits eine Zuschrift an die K. V. wiedergegeben über beginnende Einsicht in Oldenburg, begegnet uns heute auch ein Artikel der sozialdemokratischen „Volkskraft“, die sich mit dem gleichen Thema beschäftigt. Wir geben auch diesen Artikel hier wieder zur Orientierung, wie Theorie und Praxis aussieht.

In Oldenburg hat der Landtag seit Kurzem eine nationalsozialistische Mehrheit. Mit Stolz haben es die Parteiblätter dem deutschen Volk verkündet. Mit Stolz bestreiten nicht die Vertreter des oldenburgischen Volkes, sondern Herr Adolf Hitler den Ministerpräsidenten und die beiden anderen Minister. So drückt man sich wenigstens in der hiesigen Parteipresse aus!

In Oldenburg konnten also die Segnungen des Dritten Reiches beginnen, ausgeführt von tüchtigen „vorgelassenen Fachministern“, wie man früher in der Nazipresse sagte. Adolf Hitler ernannte zum Ministerpräsidenten einen früheren Kleinrentner. Zulezt war er Gauleiter der NSDAP in Oldenburg. Er heißt Röver. Selbstverständlich ist er kein „Parteibuchbeamter“.

Im Finanzausschuß des oldenburgischen Landtags wurde Herrn Röver beigebracht, daß die Finanzlage des Landes trostlos sei. Die Vertreter der Parteien fragten an, was der Herr Ministerpräsident zu tun gedenke. Das war eine sehr einfache Antwort: Laßt mich die Sache nur machen! So fährt morgen nach Berlin, und ich werde der Reichsregierung sagen, wie es um uns bestellt ist, und dann das Geld nach Oldenburg mitbringen!

Herr Röver fuhr nach Berlin: Bleibe Reichsregierung, unsere Kassen sind leer. Du weißt, wir haben in Oldenburg auch eine nationale Regierung! Wir sind kollegen! Nun mal her mit Meßes und den Prophezen!

Aber auf dem Odr konnte die Reichsregierung schlecht hören. Sie sagte dem Herrn oldenburgischen Ministerpräsidenten: Wir haben auch kein Geld. Führt wieder artig nach Oldenburg zurück und sage den Landwirten, daß sie ihre Steuern bezahlen sollen!

Es ist noch nicht lange her, da bildeten höhere Beamte die Regierung des Landes Oldenburg. Damals war Herr Röver noch, wie sagt man doch? — „Parteilose“. Da schürte seine Partei Bauernrevolten, ließ an die Eisenbahnwagen binden und den Steuerfiskus proklamieren. Diesem System keinen Pfennig Unter nationalsozialistischer Führung wurden die Beamten, die etwa pfänden wollten, mit Gewalt von den Höfen gejagt. Wie gesagt, das war einmal, als Herr Röver noch Gauleiter war.

Heute ist er Ministerpräsident. Als er von seiner Berliner Reise zurückkehrte, erklärte er den Krieg an die Reichsregierung, die keine Gelder herausdrücken wollte? Ach nein, das dritte Reich brach aus! Das Landvolk, das die Nazis in die Ministersekel gehoben hatte, das Landvolk, das von ihnen gemäß den Versprechungen in den Wahlkämpfen die Niederschlagung der Steuerrückstände, die auf Grund der nationalsozialistischen Agitation auf 35 Millionen Mark angewachsen waren, und überhaupt die Streichung der Steuern für Landwirte und die Niederschlagung aller Schuldsinsen erwartete, bekam auf einmal ganz andere Töne zu hören. Herr Röver, der sich auf Versammlungsplätzen den „größten Heber Oldenburgs“ hatte nennen lassen, Herr Röver rückte nach seiner Rückkehr aus Berlin an „sein getreues Volk“ einen Appell: Nun müßt ihr aber artig sein und Steuern zahlen, damit der nationalsozialistische Staat leben kann!

Zum 8. Juli lud er zur Belehrung die Vertreter der Landwirtschaft, der Industrie und die Gemeindebevollmächtigten zu einer Versammlung in Oldenburg ein. In der öffentlichen Einführung heißt es:

„Die Niederlegung muß allgemein werden, daß von jedem Opfer gebracht werden müssen, und jeder einzelne mit dafür verantwortlich ist, daß das Land und die mit ihm verbundenen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Werte erhalten bleiben. Bereits in der im Land-

tage abgegebenen Regierungserklärung hat die Staatsregierung in Aussicht gestellt, sich an das Volk zu wenden, in großen Umrissen ihre Ziele und Pläne darzulegen, Anregungen allgemeiner Art entgegenzunehmen und die Bevölkerung aufzurufen zu einer pflichtgemäßen Opferbereitschaft zur Rettung ihres Landes und ihrer Gemeinden. Bei aller Anerkennung der großen Notlage von Landwirtschaft, Handel u. Gewerbe muß doch gesagt werden, daß die Wirtschaft es vielfach an der durch die Lage gebotenen Opferbereitschaft hat fehlen lassen u. zum Teil dadurch namentlich in vielen Gemeinden unerträgliche finanzielle Mängelstände hervorgerufen sind.

Um zunächst in dieser Richtung die Führung mit den führenden Kreisen der Wirtschaft und den Vertretern der Gemeinden herzustellen, hat das Staatsministerium es für richtig befunden, Sie hiermit zu einer Versammlung am Freitag, 8. Juli d. J., 15.45 Uhr, in der Union zu Oldenburg einzuladen.

Marr kandidiert nicht mehr.

Sieht man die jetzt vorliegenden Wahlvorschlüsse des Zentrums durch, so fällt unter den verhältnismäßig wenigen Veränderungen, die sie gegenüber der Reichstagswahl von 1930 aufweisen, das Fehlen eines Mannes auf, der Jahre lang in vorderster Front gestanden hat. Wilhelm Marx, der frühere Reichskanzler, kandidiert nicht mehr! Was man über das Verschwinden des einen oder anderen Abgeordneten am politischen Kampfbühnen mit stillem Bedauern oder begründetem Schweigen hinweggehen, — daß sich Marx jetzt ganz aus der Politik zurückzieht, daran kann man nicht vorbeigehen, ohne dieses verdienten Mannes wenigstens mit ein paar Worten an der Stelle zu gedenken, an der man in früheren Jahren so oft seinen politischen Weg begleitet hat. Ein ganzes Menschenalter, 33 Jahre, hat er als Abgeordneter in den Reihen des Zentrums gestanden. 1899 wählte den damals 36-jährigen, aus Köln stammenden Landrichter der Wahlkreis Rhein - Grevenbroich - Krefeld (Land) in das Preussische Abgeordnetenhaus, dem er bis zur Revolution als Vertreter dieses Kreises angehört hat, und 1910 wurde er zum ersten Male als Nachfolger des damals verstorbenen Abg. Hermann Bötticher in den Reichstag gewählt. Es war der Wahlkreis Mittel-Mittel-Rhein - Rur - Gummersbach, der ihm die Würde und Bürde des M. d. R. auferlegte. Seitdem hat er ununterbrochen im Reichsparlament in der Linie der verantwortungsbewußten Kämpfer gestanden, nach der Revolution zunächst im Wahlkreis Düsseldorf-Ost gewählt und auch bei den folgenden Reichstagswahlen von 1920 und 1924 wiedergewählt. Dann nahm er das Mandat an, das ihm die Dapora-Wahlkreise des Wahlkreisverbandes Sachsen - Thüringen anboten. Seine große politische Zeit fiel in die Jahre 1923 bis 1928. Das war die Zeit, wo er wiederholt als Reichskanzler die Geschichte Deutschlands leitete, wo er auch als Kandidat für den Posten des Reichspräsidenten aufgestellt wurde. Es waren ferner die Jahre, in denen er als Nachfolger Trübners an der Spitze der Deutschen Zentrumspartei stand.

Kampfbühne in jeder Hinsicht, in der großen Politik wie auch im Innern und selbst in der eigenen Partei. Es gibt den Typ der ehrgeliebten Politiker. Dazu hat Marx nie gehört. Er blieb stets der bescheidenen Pflichten mensch, er war aber durch und durch christliche Staatsmann von lauterster Gesinnung, bleibend etwas zu weich in seinem Wesen, aber doch nicht so weich, daß er etwa vor dem vobulären Gegenüber resigniert zurückwich. Als er vor dem Römer Parteitag vom De-

in der Versammlung werden die Staatsminister das Wort ergreifen. Eine Debatte ist nicht vorgesehen.

Punktum! Steuern nachzahlen! Steuern zahlen! Zinsen zahlen! Maul halten! Heil Hitler! Wegetreten!

Die Bauern, die Landwirte stehen da und sagten im ersten Moment: Manu, was ist denn los? Inzwischen merken sie, daß das dritte Reich ausgedehnt ist. Und jetzt rebellieren sie gegen die Naziregierung. Der Landvolksabgeordnete Meier, der die Naziregierung mit gewählt hat, erklärt in der Welter-Zeitung, daß er und seine Partei gegen Herrn Röver und die beiden anderen Minister scharfe Opposition stellen einnehmen werde. Er meint zum Schluß in seinem Artikel, daß die neue Regierung bereits im alten Fahrwasser gelandet ist und gar nicht mehr an eine Veränderung des „Systems“ denkt. Die Regierungserklärung stellt den Steuerzahlern in keiner Weise eine Erleichterung, im Gegenteil eine Belastung in Aussicht und beweist, daß die Nationalsozialisten vollständig versagen werden.

So sind in Oldenburg die Steuern besetzt. So ist in Oldenburg die Zinsknechtschaft gebrochen worden, seitdem die Nazis alle Macht in ihren Händen halten! Heil Hitler!

Diese Entscheidung paßt natürlich den Braunen ganz und gar nicht! Das gibt bittere Situationen im Landtag. Als er jetzt tagte, griff das Zentrum ebenfalls noch einen Antrag auf, die Zahl der Minister in Oldenburg von drei auf einen herabzusetzen, mit der Begründung, daß die drei Minister ganz unfähige Menschen seien, die nur imstande seien, Unterschriften unter die Arbeiten der Regierungsräte zu setzen. Die Nationalsozialisten hatten in dem früheren Landtag, als sie noch nicht die entscheidende Macht besaßen, es immer so dargestellt, als genüge ein Minister. Jetzt, wo sie an der „Gutterkrappe“ sitzen, lehnten sie den Zentrumsantrag mit ihrer Mehrheit ab, und dann haben sie schleunigst gegen den Willen aller übrigen Parteien die Verlegung des Landtages auf unbestimmte Zeit durchgeführt.

Schlimmer kann man die eigene Schwäche und die Furcht vor dem Volksgericht am 31. Juli nicht zeigen! Deutschland erwache!

Im Dezember 1928 erklärte, daß er den Parteivorstand niederlege und eine Wiederwahl nicht wieder annehmen würde, da waren über den Führerstreit in der Partei bereits die Ästen geschlagen, so daß er eine in sich einige Partei seinem Nachfolger, Dr. Raas, übergeben konnte.

Seitdem hat sich Marx mehr und mehr aus der vorderen Linie zurückgezogen. Er konnte das mit gutem Gewissen, weil innerhalb der Partei jüngere Kräfte mit großen Führerqualitäten bereit standen, um die Tradition, deren treuer Hüter er war, fortzusetzen und die Partei über den bormigen und steinigen Weg der deutschen Politik, in Verantwortungsbewußter und kluger Anteilnahme an ihr, weiterzuführen. Er selbst wandte sich nun ganz den ihm besonders an Herz gewachsenen Aufgaben zu, der Betreuung der Diaspora und den Problemen der katholischen Schulorganisation, deren Leiter er seit 1911 ist, die sozusagen sein Wert ist. Auch als Vorsitzender des Volksvereins für das katholische Deutschland (seit 1922) hat Marx seine ganz besonderen Verdienste.

Gewinnauszug

4. Klasse 39. Preussisch-Geldscheine

(265. Preuss.) Staats-Lotterie

Ohne Gewähr Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die obere gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I und II

1. Ziehungstag 13. Juli 1932

In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

8 Gewinne zu 100000 M. 242614

4 Gewinne zu 50000 M. 131808 320988

8 Gewinne zu 20000 M. 141801 203264 222916

806970

16 Gewinne zu 10000 M. 24679 46464 89129 152901

812007 314868 374810 380769 397821

16 Gewinne zu 5000 M. 1324 16431 30563 43690

86890 87116 109501 109789 126225 132493

147386 151884 166691 188698 194952 215636

216678 204928 233178 231708

48 Gewinne zu 500 M. 8399 11998 17628 42797

54031 84324 71149 81562 91614 124471 140788

16911 173906 227316 234388 269910 290162

281089 301987 316881 342467 362207 378643

386017

On der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

4 Gewinne zu 50000 M. 67488 308277

8 Gewinne zu 20000 M. 59647 126280 214027

231248

8 Gewinne zu 10000 M. 124686 187977 179504

282444

16 Gewinne zu 5000 M. 23287 26443 64762 71798

139816 148980 171451 207702 207089 253879

261896 288648 288762 288133 310013 329543

338050

88 Gewinne zu 500 M. 16854 19864 25621 74590

89010 103728 11921 130920 158330 159402

177366 240807 256618 284240 290632 317656

362846 378626 378608

88 Gewinne zu 500 M. 748 1966 3879 33829

34928 67978 68613 80859 112200 131777 242853

423359 259382 288543 307696 327035 342963

472359

Gefangen...?

Donnerstag

1932

11. 161

Donnerstag

1932

11. 161

Donnerstag

1932

11. 161

Donnerstag

Danksagung.

Allen Bekannten, welche unserer lieben Mutter die letzte Ehre erwiesen und durch Kranz- und Blumenpenden ihre Teilnahme bekundeten

unseren aufrichtigen Dank.

Im Namen der Hinterbliebenen:
Paul Blicher.

Bornheim, den 14. Juli 1932

Bekanntmachung.

Der Stadtverordnete der kommunistischen Partei, Max Clever aus Brühl, hat sein Amt niedergelegt.

An seine Stelle tritt der Bergarbeiter Selmut Bülow, zur Gabeln 4, da er in dem Wahlvorschlag der kommunistischen Partei hinter den Gewählten an erster Stelle berufen ist.

Die Reihenfolge, in der die Bewerber zu berufen sind, kann durch die Mehrheit der noch wahlberechtigten Unterzeichner des Wahlvorschlags der kommunistischen Partei geändert werden. Die Änderung muß der unterzeichneten Behörde bis zum Ablauf von zwei Wochen nach hiermit erfolgter ortsüblicher Bekanntmachung der Erledigung der Stelle mitgeteilt werden.

Brühl, den 12. Juli 1932.

Der Bürgermeister
Freericks.

Zwangsversteigerung.

Am 16. Juli 1932, 12 Uhr, sollen in Brühl 151. Straße 15 versteigert werden:

Büfette, Kredenze, 1 Klobentasten, Klaviere, Tische, Stühle, Sofas, Defen, Nähmaschinen, Schreibische, Blumenständer, 1 Flurgarderobe, Bilder, Nebgewebe, 1 Ampel, Vertikal, Vadenbeken, Vadenbeken, Vadenbeken, Marmortafeln, Spiegel, 1 Regulator, Betten, Kleiderbänke, Waschkommoden, Nachtkommoden, 1 Feder, 1 Schrotmühle, Radiogeräte, 1 elektr. Kochherd, 1 Vadenregal, 1 Drehschneidmaschine, Gramophone, 1 Billard, Eisbänke, 1 Verforiermaschine, Rollschranke, 1 Herrenpels, Herren- und Damenfahräder, 1 Orga-Privat, 1 A.-G.- und 1 Regina-Schreibmaschine, Schweine, 1 Stute, 1 Kind, 1 Autoanhänger, 1 Vierbefahre, Küchenschranke, Espera-Waage, 30 Gl. Wein, 1 Faß, Seife.

Ferner um 13 Uhr: Nähmaschinen, 1 Autobusgerippe, Führerhäuser, 1 Winde, 1 Schmelze mit Amboss, Schraubstöcke, 1 Richtplatte, 1 Schweißapparat, 1 Schleifblock, Hobelbänke, 13 PS Motor, 1 Blasepumpenwagen, Spritzapparat, 1 Bohrmaschine, 1 Sägefräse, 1 Fräsmaschine, -Käufer sammeln sich bei der Versteigerung.

Müller, Obergerichtsvollzieher.

Schirmer

BLAUBACH 18
KÖLN Waidmarkt 16

Bedeutend vergrößert.

Besichtigen sie unsere zwei Lager.

Küchen, von RM 146.- an

140 cm breit mit Kühlraum

Betten, Metall, von RM 12.50 an

Holz, von RM 19.- an

Doppelschlafzimmer mit

180 cm Schrank modern, RM 290.-

in Eiche komplett, RM 440.-

Sofas in Plüsch, von RM 48.-

in Ledertuch, von RM 39.-

Gelegenheitskäufe ständig am Lager

Zahlungserleichterung evtl. gestattet.

Gegen Kasse großer Rabatt.

Ohne Wechsel. Lieferung frei Haus.

Franke's Farbenhaus, Köln

Tapeten in reicher Auswahl von 20 Pfg. an.
Streichfertige Oel- und Lackfarben in jedem gewünschten Farbton, sowie sämtl. Anstreichartikel zu niedrigen Preisen.

Köln, Mühlenbach 4, Fernruf 22 25 63



Vivat Heinrich!!!

Unsern allverehrten
Stammwirt

Heinrich Giesen

die herzlichen Glückwünsche

zu seinem heutigen Namenstage.

Gewidmet von der

Freiwilligen Feuerwehr

und

Junggesellen-Verein Freundschaftsbund Schwadorf

Elegante
Herren-
Hüte



Ganz niedrige Preise!

Das leistungsfähige

Spezial-Geschäft

EUGEN PARIS,

Köln, Weyerstraße 79

Autorennen auf dem Nürburgring!

Großer Preis von Deutschland!

Am Sonntag, den 17. Juli 1932, fährt mein Omnibus von hier aus zum Nürburgring. Einzelmehrfahrt liegt bei Paul Litterscheid, Mühlentstraße 15 auf Fernruf 2016. Schließung der Riste Samstag mittag. Da mit großer Beteiligung gerechnet wird, bitte ich um rechtzeitige Anmeldung.

Achtung! Achtung! Achtung!
Samstag, den 16. Juli fährt mein Omnibus von hier nach Köln zum

Sommernachtsfest

auf dem Rhein; verbunden mit Dampferfahrt und großen Feuerwerk.

Abfahrt von Brühl 7.15 Uhr. Rückfahrt von Köln gegen 12.30 Uhr. - Ein- und Rückfahrt a. Person RM 1.-

Um rechtzeitige Anmeldung u. Eintragung in die Riste bitten: Autovermietung und Garage

Paul Litterscheid.

Gebr. Mickleit Köln-Zollstock

Zentralheizungen u. Installation

Reparaturen aller Art.

Vertreter: **Peter Rösenstrunck**

Kierberg, Schulstraße 5.

Achtung!

Autobesitzer und Garagen

Zylinderschleifen mit Kolben, Bolzen, Ringe mit oder ohne Montage in meiner Werkstatt mit eigenen Maschinen und Apparaten.

Garage Mörriger, Brühl

Kölnstraße 71 Fernruf 25 53 Fahrschule

Eifel-Verein Ortsgruppe Brühl

Monats-Versammlung
am Freitag, den 15. Juli
Hotel Ratskeller (Garten-
saal)

Liederbücher mitbringen!
Um rege Beteiligung
bittet:

Der Vorstand.

Tennisklub

(Platz-Stadion)

sucht noch einige Mitglie-
der (Damen) nicht unter
18 Jahren.

Angebote um 10.00
an die Geschäftsstelle.

Kistenbretter

Packkisten

Schrotteltern

Fuß-Schleibhölzer

Hauklörze

Wilb. Streck, Bonn.

Altenstehend, älterer

Gärtner

ucht unt. ganz bescheid.
Ansprüchen Dauerstelle.

Off. unt. Gärtner a. d.
Geschäftsstelle.

Haus

mit Stallung zu ver-
kaufen.

Schwadorf,

Rückstraße 20.

Großes

Ladenlokal mit

3 Zimmerwohnung

a. 1.8. bill. zu vermieten.

Off. u. G 11 383 a. d. Gesch.

3 Zimmerwohnung

(Preis 24.- M.) zu ver-
mieten. Gddorf.

Mühlentweg 20.

3 Zimmer-Wohnung

sofort zu vermieten.

Kölnstr. 176.

2. Etage, 3 Zimmer

zu vermieten.

Mühlstraße 75.

Alt. Ehepaar (sichere
Mietzahlung) sucht

2-3 Zimmerwohnung

mögl. mit Gas.

Off. u. D 11 383 a. d. Gesch.

Junge

Schweindchen

hat abgegeben

Johann Schäfer,

Bingsdorf,

Gustfischerstr. 111.

300-400 Mk.

von Beamten gegen gute
Sicherheit zu leihen gef.

Off. u. G 11 383 a. d. Gesch.

Süße Mandeln 1/4 Pfd. 0.35

Blaue Rosinen 1 Pfd. 0.50
Helle Rosinen 1 Pfd. 0.70
Biskuitmehl 5 Pfd. 1.40 2 Pfd. 0.58
Weizen-Auszug-Mehl . 2 Pfd.-Beutel 0.50

Gekochter Schinken mild 1/4 Pfd. 0.35

Delikate Plockwurst 1 Pfd. 1.50
Zervelatwurst 1 Pfd. 1.30
Bierwurst 1 Pfd. 0.80
Schmierwurst in Enden . . . Stück 0.28

Holländer Käse 1 Pfd. 0.65

Mal Gouda 45% Pfd. 1.-
Schweizer Käse, saftig 1 Pfd. 0.97
Trinkkäse 10 Stück 0.68
Feinste Süßrahmbutter Pfd. 1.30

Enshelmer 1 Ltr. Fl. o. Gl. 0.60

Wintricher Simonsberg . Fl. o. Gl. 0.50
Rüdesheimer Nahe . . . Fl. o. Gl. 0.50
Niersteiner Domthal . . . Fl. o. Gl. 0.60
Apfelwein 1 Ltr.-Fl. o. Gl. 0.35

Bato-Confiture Becher 0.50

Apfel-Gelee Glas netto 500 gr. 0.50
Aprikosen Confiture . 500 gr. o. Gl. 0.60
Johannisbeer-Gelee 0.60
Erdbeer aus frischen Früchten . . 0.65

Für ein vollgeklebtes Sparbuch 5.-

Cornelius Stiessgen
AKT. GES.

Kölnstraße 9 Brühl Uhlenstraße 84

Die so überaus notwen-
dige Verbindung zwi-
schen den einzelnen
Bevölkerungsschichten
und Ständen von Brühl-
Stadt und -Land, bildet
die über 30 Jahre im

Dienste des Gemeinwohls

stehende Heimat-
Zeitung, - - - die

**BRÜHLER
ZEITUNG**

Ingenieurschule Technikum

Elektrotechnik, Maschinen-,
Auto-, Heizungsbau, Flug-
wärme, Kältetechnik, Landw.
Maschinen, Schwach-, Stark-
strom- u. Radiotechnik

Werkmeisterschule

Lehrpläne

Bauschule

Architektur, Baugest-
altungswesen, Eisenbau,
Eisenbetonbau

Tonindustrie

Ziegelindustrie,
Techniker, Ziegelmeister

frei

Sind die Töpfe angebrannt, iMi macht sie wieder blank!



Nichts widersteht iMi's reinigender Kraft. Ankrustungen und seien sie noch so dick und hart schwinden im heißen iMi-Wasser im Nu. Müheles sind sie zu entfernen. So geht's mit jeder Unsauberkeit, wo iMi's starke Hand im Spiele ist. Und wieviel freie Zeit es Ihnen schenkt, wie es Ihre Gesundheit schont . . . und sparen hilft! Nur 20 Pfennig kostet ein Paket, das lange reicht, wenn Sie das bewährte Spar-Rezept befolgen: Einen Eßlöffel voll auf einen Eimer heißes Wasser.

Wo Reinheit lacht — hat iMi Pate gestanden.

zum Aufwaschen, Spülen, Reinigen
für Geschirr und alles Hausgerät!

Hergestellt in den Perailwerken.



